

## Internationale Rundschau

---

### Australien: Regierungswechsel- Wirtschaftsprobleme - Gewerkschaften

Als in Australien die Labour Party (Arbeiterpartei) nach 23 Jahren wieder an die Regierung kam, schöpfte der „kleine Mann“ die Hoffnung, daß er nun die Gaben erhalten würde, die unter der konservativen Koalitionsregierung aus Liberalen und Land-Partei den „Managern“ und der neuen Mittelklasse auf dem Wege der „Geschäftsunkosten“ zugute gekommen waren. Aber es waren überragendere Probleme, die im Vordergrund standen und deren Lösung unter einer Labour-Regierung anstanden. Die Beteiligung Australiens am Krieg in Vietnam und die damit zusammenhängende Wehrpflicht brachten ernsthafte Konflikte in viele Familien. Zwei Tage nachdem die Labour Party die Regierung übernommen hatte war der Alptraum der Dienstpflicht verronnen und an den Universitäten konnte wieder gearbeitet werden, ohne Furcht, daß die Polizei studentische Kriegsdienstverweigerer verhaften werde.

Nach dem Fiasko des Vietnam-Krieges gibt es eine neue Konzeption in der *Außenpolitik*: China wurde offiziell anerkannt, und eine neue, auf Zusammenarbeit eingestellte Außenpolitik wurde begonnen. In sehr kurzer Zeit wurde die Abhängigkeit von den USA abgebaut und eine Verständigung mit Indonesien, Singapur, Malaysia, Thailand, den beiden Vietnam, den Philippinen und China eingeleitet. Dem neuen Premierminister, G. Whitlam, gelang es, auf verschiedenen Reisen die Grundlagen für eine Politik der Zusammenarbeit zu legen. Inzwischen gibt sogar die Opposition zu, daß die Anerkennung Chinas eine Notwendigkeit war, obwohl sie dies bis zuletzt stark bekämpft hatte.

Gegenüber Japan kam es zu einer Verständigung auf einer für Australien bes-

seren Grundlage. Der australische Dollar wurde zweimal neu bewertet und steht nun auf 1.50 US-Dollar, das ist eine Erhöhung um 50 vH.

In der *Wirtschaftspolitik* gibt es eine Vollbeschäftigung, während man zur Wahlzeit von einer Depression sprach. Gegenwärtig gibt es mehr offene Stellen als registrierte Arbeitslose, und eine der führenden Banken erwartet noch immer „eine ständige Expansion der Gebrauchsgüter“. Diese Vollbeschäftigung hat ihre eigenen Probleme, und trotz der Einführung neuer Beratungsmöglichkeiten macht es sich bemerkbar, daß Whitlams Labour-Regierung mit den Gewerkschaften eine keineswegs hinreichende Tuchfühlung hält. Im vorigen Jahr hatte Australien eine Inflationsrate von 13 vH, doch stiegen die Löhne etwas mehr. Trotzdem ist man unzufrieden, weil jeder fühlt, daß man trotz eines Durchschnittslohnes von 115 Dollar (etwa 404 DM) für sein Geld laufend weniger kaufen kann.

In der *Einwanderungspolitik* ist nach der bewußten Bevorzugung der Europäer erstmalig eine größere Anzahl von Nicht-Europäern zugelassen worden, und die Hautfrage spielt keine Rolle mehr. Es kommt auf die Qualifikationen an. Ein Viertel der gesamten Einwanderung wird nun Nicht-Europäer oder Teil-Europäer umfassen. Offiziell ist die sogenannte „weiße Politik“ tot, aber in der Praxis gibt es noch immer Schwierigkeiten. Die letzte und schwerwiegendste dieser Art betrifft 35 philippinische Autoschlosser, die nach Australien kommen sollten, um der Welt zu zeigen, daß die Hautfarbe wirklich keine Rolle spielt. Die für den in Frage kommenden Betrieb zuständige lokale Gewerkschaftsorganisation wandte sich an den Gewerkschaftsbund, weil sie fand, daß mit besseren Arbeitsbedingungen die vorgesehenen Arbeitsplätze von Australiern besetzt werden können. So ist die Zulassung erst einmal verschoben worden, aber es wird von allen Beteiligten bestritten, daß es sich hierbei um eine Rassenfrage handele.

Das *Problem der australischen Ureinwohner*, der „Aboriginals“, ist von der Labour-Regierung zum erstenmal ernsthaft in Angriff genommen worden. Etwa 40 000 Aboriginals leben noch abgeschlossen in ihren Stämmen, während 100 000 sich in verschiedenen Stadien der Assimilierung befinden. Die Ausgaben für Wohnplätze und für die Gesundheit wurden verdoppelt, eine Kommission für das Landrecht hat ihren ersten Bericht veröffentlicht, und Aboriginals wurden in die Verwaltung einbezogen. Aber sie sind sehr ungeduldig, und für manche ihrer Probleme kennt man keine Lösung. Daß aber ein neuer Anfang gemacht wurde, ist ein bleibendes Verdienst der Labour-Regierung.

Die Vertretung der *Gewerkschaften* in der Labour-Regierung ist schwach. Nur vier von den 28 Ministern waren berufliche Gewerkschaftsführer, und unter den Abgeordneten gibt es nur einige mehr. *Bob Hawke* ist Präsident des Gewerkschaftsbundes, und er ist gleichzeitig Präsident der Labour Party. Doch die Regierung wurde von den Abgeordneten gewählt, und es sind die Abgeordneten, die die jeweiligen Regierungsmaßnahmen befürworten. So sieht der Parteipräsident den Kanzler nur bei Vorstandssitzungen der Partei, die selten sind.

In einer inflationistischen Wirtschaftsepoche bedarf es jedoch einer engeren Zusammenarbeit zwischen Regierung und Gewerkschaften. Aber Australien ist nicht das einzige Land, in dem eine sozialere Regierung den Kontakt mit den Gewerkschaften verloren hat.

Um die Inflation zu bekämpfen, wollte die Regierung mehr Macht bei der *Kontrolle von Preisen und Löhnen* haben. Demzufolge wurde den Wählern im Dezember ein Referendum vorgelegt. Die konservative Opposition war gegen die Preiskontrolle, und ziemlich kurz vor dem Wahltag entschied sich der Gewerkschaftsbund gegen die Kontrolle der Löhne. So war es nicht verwunderlich, daß das Referendum in beiden Fragen verloren wurde.

Die Regierung hat versucht, auf dem Wege der Schiedssprüche einen Ausgleich für berechnete Lohnforderungen im Rahmen des wirtschaftlich Vertretbaren zu finden. Doch die Prozedur ist zu langsam, und es wird mehr und mehr zur Praxis, daß Gewerkschaften durch Streiks ihre Forderungen zu erzwingen suchen, wobei ihnen die von der Regierung geschaffene Vollbeschäftigung hilft. Neben den einzelnen Industrieabkommen, die für verschiedene Perioden abgeschlossen werden, gibt es in Australien die jährliche Lohnfestsetzung. Die Gewerkschaften rufen das Gericht an und unterbreiten ihre Forderung. Die Regierung kann ihrerseits intervenieren, und wenn es gelingt, das Gericht davon zu überzeugen, daß die wirtschaftliche Lage es rechtfertigt, werden neue Lohnsätze festgesetzt. Diese beziehen sich aber im wesentlichen auf den Grundlohn des ungelerten Arbeiters.

Zur Frage der *Arbeitszeit*: Für Bergleute ist die 35-Stunden-Woche vor einigen Jahren durchgesetzt worden. In der Öl- und der Elektrizitätsindustrie versucht man seit langem, wegen der größeren Rationalisierung ebenfalls die 35-Stunden-Woche zu erreichen. Die Unternehmer in beiden Industrien sind geneigt nachzugeben, aber der Unternehmerverband versucht dies zu verhindern. Die gegenwärtige Regierung will nun die Forderung nach der 35-Stunden-Woche in der Elektrizitätsindustrie vor dem Arbeitsgericht unterstützen, sofern die Gewerkschaften von weiteren Streiks absehen. Die Gewerkschaft scheint dem folgen zu wollen.

Als Beispiel der Wirksamkeit direkter *Streikaktionen* sei auf den Streik der Bank-Angestellten hingewiesen. Die Banken hatten eine Lohnerhöhung von 12 vH angeboten, die Gewerkschaften der Bank-Angestellten forderten 25 vH. Diese stark bürgerlich geprägten Angestellten weigerten sich, Schecks zu bearbeiten, und innerhalb von 48 Stunden stand die Wirtschaft vor einem Chaos. Die Bank-Angestellten gingen mit ihren Forderungen auf 22 vH herunter, und man einigte sich auf 18 vH. Ein solches Zugeständnis hätte man ohne

teilweise Arbeitsverweigerung nicht erreicht.

Streiks dieser Art gibt es von Zeit zu Zeit in der Transport- und in der Bauindustrie. Der Gewerkschaftsbund hat in einigen Fällen eingegriffen, um solche Streiks beizulegen. Die Regierung wird wegen dieser Streiks oft angegriffen, hat aber wenig Möglichkeiten, direkt zu intervenieren.

Weitere Probleme für die Gewerkschaften gibt es auf dem Gebiet der Umweltgestaltung, beim Zusammenschluß von Gewerkschaftsverbänden und bei der Vertretung von Gewerkschaftern in verschiedenen Komitees der Regierung. In der *Umweltgestaltung* haben vor allem die Bauarbeiter Erfolge zu verzeichnen. Die Zerstörung historischer Bauten wurde durch Streiks verhindert. Dabei kam es von Zeit zu Zeit zu Unruhen. Der Bau neuer Bürohochhäuser wurde verhindert, wenn dadurch Wohnplätze verdrängt werden sollten. Auch die Entwicklung von neuen Industriebauten wurde gestoppt, falls die natürliche Umgebung dadurch geschädigt wurde. Der Führer dieser Aktionen, /i. Mundley, wurde jetzt in eine Umweltkommission der Regierung berufen, obwohl er als Kommunist bekannt ist.

Der *Zusammenschluß von Gewerkschaftsverbänden* wurde durch ein Gesetz der früheren konservativen Regierung erschwert. Die gegenwärtige Regierung wurde vom Senat gehindert, dies aufzuheben, und so gibt es Abgrenzungskonflikte, die die gewerkschaftliche Vertretung von einzelnen Berufsgruppen in bestimmten Industrien betreffen. Heute gibt es bei der Eisenbahn noch immer die Gewerkschaft für Lokomotivführer neben der Gewerkschaft für Signalmänner und Schaffner. Jede dieser Gruppen führt von Zeit zu Zeit separate Streikaktionen durch, die den Eisenbahnverkehr lahmlegen.

Der Gewerkschaftsbund ist mit der Zuteilung von Komiteemitgliedern in verschiedene nationale Komitees unzufrieden. Vier Gewerkschaftsmitglieder wurden anerkannt, obwohl sie als Kommunisten be-

kannt sind, während dies der Grund des Ausschlusses für den Vertreter der Seeleute war, obwohl er von den Seeleuten für diesen Posten gewählt wurde.

Die Labour Party hat kein eigenes *Pressewesen*, und Presse und Fernsehen sind im Grunde nicht auf der Seite der Labour Party. Es ist darum verständlich, wenn Teile der Arbeiterbewegung darauf bedacht sind, innerhalb der drei Jahre, für die die Regierung gewählt wurde, so viel Reformen wie möglich durchzuführen. Eine grundlegende Reform betrifft die Beteiligung von *ausländischem Kapital* in australischen Unternehmungen. Australien braucht ausländisches Kapital zur Entwicklung der Naturquellen, aber der ausländische Besitz an australischen Unternehmungen soll beschränkt werden (ein großer Teil der Opposition zur gegenwärtigen Labour-Regierung geht auf dieses Problem zurück. „Big Business“ kann man von Zeit zu Zeit hinter der demagogischen Opposition der Konservativen sehen).

Die ökonomischen und gewerkschaftlichen Probleme haben sich nach den überraschenden *Neuwahlen* vom 18. Mai 1974 zugespitzt. Es gelang der Labour Party, die Angriffe der finanziell starken Opposition abzuschlagen und die Regierungsmacht für weitere drei Jahre zu behalten. Die Mehrheit ist zwar kleiner (fünf an Stelle von neun Abgeordneten), aber die Macht des Senats ist insofern gebrochen, als bei einer gemeinsamen Sitzung beider Parlamente die bisher vom Senat abgelehnten Gesetze zur Investitionskontrolle, zum Gesundheitsdienst und zur Zusammenfassung von Gewerkschaftsgruppen angenommen wurden. Allerdings hängt die Mehrheit im Senat von zwei unabhängigen Senatoren ab, die auf Seiten der Opposition stehen. Die Labour-Regierung sieht sich also vor großen Schwierigkeiten, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, wo die steigende Inflationsrate die Gewerkschaften zu immer neuen Lohnforderungen zwingt. Im Augenblick hat Australien eine tiefgehende Kreditkrise, die zu einer Arbeitslosigkeit führen könnte. Die Regierung versucht, eine Stabilisierung der

Löhne zu erreichen: Sie sollen vierteljährlich gemäß dem Preisindex aufgebessert werden. Bisher ist dieser Plan noch nicht angenommen worden, und Streikaktionen gewisser Gewerkschaftsgruppen, von denen es 286 gibt, machen der Regierung zu schaffen, besonders bei der Post

und im Transportwesen. Bisher ist es noch gelungen, auf dem Verhandlungswege zu Absprachen zu kommen und so die Schwierigkeiten zu überbrücken. Eine gewisse Umstellung der Gesamtwirtschaft wird notwendig sein, um die Vollbeschäftigung zu erhalten. *Erich Irmer-Innis (Sydney)*